

Unbeschadet des Rechts jeder Parteiorganisation und jedes Parteimitgliedes, Anträge an den Parteitag zu stellen, sieht sich die Antragskommission dennoch veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß der Parteitag als das höchste Organ der Partei die Generallinie der Partei festzulegen hat. Zu den Aufgaben der leitenden Parteiorgane und der Genossen in den Organen der Staatsmacht gehört es, durch entsprechende Beschlüsse und Maßnahmen die Verwirklichung dieser Generallinie zu sichern. Die Antragskommission ist der Meinung, daß es nicht Aufgabe des Parteitages sein kann, die Perspektivpläne für den Aufbau von Betrieben, Städten oder Gemeinden bis ins einzelne zu beschließen. Sie hält es zum Beispiel für selbstverständlich, daß die Staatliche Plankommission gemeinsam mit den örtlichen Organen der Staatsmacht auf der Grundlage der Beschlüsse des V. Parteitages die Perspektive für den Ausbau des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin“ ausarbeiten wird, wie das die Bezirksdelegiertenkonferenz Frankfurt (Oder) unter anderem fordert.

Alle durch frühere Beschlüsse von Partei und Regierung und unseren heutigen Beschluß nicht erledigten Anträge dieser Gruppe sind dem Zentralkomitee als Material bzw. zur Weiterleitung an die Genossen in der Staatlichen Plankommission zu überweisen.

Die Kreisleitung Karl-Marx-Stadt/Land hat Anregungen für die Entwicklung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung gegeben. Die Antragskommission hält es auf Grund dieser Anregungen für notwendig, daß der Parteitag die Genossen in den zuständigen zentralen Organen der Staatsmacht beauftragt, vielfältigere gesetzliche Normen für die Form der staatlichen Beteiligung auszuarbeiten und dabei auch die Frage der Kommanditisten neu zu regeln.

Die Antragskommission begrüßt die Initiative der Kreisleitung Karl-Marx-Stadt/Land. Sie weist im Zusammenhang damit auf die Notwendigkeit hin, daß die Anträge privater Unternehmer auf staatliche Beteiligung von den zuständigen Organen der Staatsmacht gewissenhaft beraten und schneller entschieden werden, als das bisher geschah. Wir möchten auch die Genossen in den Gewerkschaften darauf hinweisen, wie notwendig es ist, mit den in privaten Betrieben Beschäftigten, aber auch mit den Unternehmern selbst über die Bedeutung der staatlichen Beteiligung zu sprechen. Die Arbeiterklasse muß auch von dieser Seite her ihren Einfluß auf die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse ausüben.